

**Beschlussprotokoll über die  
4. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kindertagesbetreuung  
des XIX. Beirates beim Ortsamt Burglesum**

Datum 01.09.2016  
Ort Ortsamt Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen  
Beginn 19:00 Uhr Ende 20:45 Uhr

**Ausschussmitglieder**

SPD S. Besecke, L. Berger  
CDU B. Hornhues, I. Michaelsen  
Grüne U. Schnaubelt

**Vertreter gemäß § 23, Absatz 5 OBG**

Die Linke R. Tegtmeier  
FDP G. von Groeling-Müller  
AfD F. Magnitz  
BIW -

**Ortsamt**

Vorsitz u.  
Protokoll Stellvertr. Ortsamtsleiterin S. Hell-Nogai

**Gäste**

Herr Dick v. der Senatorin für Kinder und Bildung  
Vertreterinnen und Vertreter der Kindertageseinrichtungen und Schulen im Stadtteil  
Herr O. Genthe-Welzel v. der Senatorin für Kinder und Bildung

\*

**Frau Hell-Nogai** eröffnet die Sitzung.

Die Einladung mit der Tagesordnung ist frist- und formgerecht zugegangen.  
Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

**Pkt. 1 TO: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen**

Keine

**Pkt. 2 TO: Situation der Kindertagesbetreuung und Hortplatzversorgung in Burglesum**

**Frau Hell-Nogai** begrüßt Herrn Dick von der Senatorin für Kinder und Bildung.

Diskussion mit Wortmeldungen von **Frau Hornhues, Herrn Berger, Frau Schnaubelt, Herrn Tegtmeier und Herrn Magnitz.**

**Beschluss** (einstimmig):

*Der Ausschuss für Bildung und Kindertagesbetreuung beim Beirat Burglesum*

1. *fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, umgehend in Zusammenarbeit mit den*

*Trägern Maßnahmen einzuleiten, um in Burglesum die Rechtsansprüche der Eltern auf eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung umzusetzen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass auch Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen und mit erheblichem Sprachförderbedarf an frühkindlichen Bildungsmaßnahmen in Burglesum teilnehmen können.*

*Um die unterschiedlichen Anforderungen in den Ortsteilen bei der Kita- Ausbauplanung berücksichtigen zu können und um diese rechtzeitig bedarfsgerecht umzusetzen, brauchen wir dringend:*

- Verlässliche Zahlen, aus denen kleinräumige, quartiers- /wohngebietsbezogene Bedarfe und Standorte abgeleitet werden.*
  - eine Auflistung von städtischen und privaten Flächen für mögliche Kita-Standorte, die dem ermittelten Bedarf entsprechen.*
  - eine Auflistung der städtischen Immobilien und anderer Einrichtungen (Freie Träger..), die durch Umbau, Ausbau (Aufstockung, Erweiterungsbau...) kurzfristig für Kitas nutzbar sind.*
  - Dabei sollten auch die bestehenden Kitas und andere städtische Immobilien geprüft werden.*
- 2. fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, bis Februar 2017 in Zusammenarbeit mit den Trägern ein Ausbaukonzept bis 2020 für Burglesum vorzulegen, welches die aktuellen Geburtensteigerungen und den Zuzug von Flüchtlingen berücksichtigt. Das Ausbaukonzept soll mit einem konkreten Zeit- und Maßnahmenplan zur Umsetzung und einer Finanzierung unterlegt sein.*

*Bei der Ausbauplanung bis 2020 sind folgende Punkte für unseren Stadtteil zu berücksichtigen:*

- Wohngebietsnahe Einrichtungen, die in das Quartier eingebettet sind.*
- Die Einrichtungen sollen sich zum Quartier/Wohngebiet öffnen und ein Treffpunkt für Kinder und ihre Familien sein. So sollen sie zur Stärkung der Nachbarschaft und zur Vernetzung und zum Miteinander im Quartier beitragen.*
- Die Außengelände der Kitas sollen über den Kita-Betrieb hinaus für die Kinder und ihre Familien im Wohnquartier geöffnet sein. Dies muss verbindlicher Teil des Konzeptes der Kita sein.*
- Die Kitas sollen sich für alle Bevölkerungsgruppen öffnen.*
- Sie müssen soziale Mischung begünstigen und integrativ sein. Dies muss sowohl im Konzept der Kita als auch bei der Wahl des Standortes berücksichtigt werden.*
- Damit das Kinder- und Familienzentrum Lesum perspektivisch eine durchgängige Betreuung von 1-6 Jahren anbieten kann, fordern wir, dass das städtische Grundstück zwischen dem Kindergartengelände und der Straße „Am Rastplatz“ umgewidmet wird zu Bauland, damit dort ein Anbau für U3 Gruppen gebaut werden kann. Dadurch können Bedarfe aus dem Ortsteil, besonders dem Halmgebiet, berücksichtigt werden.*
- Für den Stadtteil Burglesum fordert der Ausschuss einen Ausbau der Versorgung der Schulkinder zwischen 6-10 Jahren in den Ortsteilen, in denen noch keine Ganztagschule vorhanden ist –räumlich und personell.*
- Es darf nicht sein, dass Kinder der 2. bis 4. Klasse abgewiesen werden müssen, damit Kinder der 1.Klasse einen Platz bekommen.*
- Auf dem Weg zur Ganztagschule sind Zwischenlösungen zu finden.*

*Begründung:*

*Zu Beginn des Kindergartenjahres 2016/2017 fehlen in der Stadtgemeinde Bremen möglicherweise bis zu 1000 Kinderbetreuungsplätze. Davon ist auch der Stadtteil*

*Burglesum betroffen. In der Stadtgemeinde Bremen ist somit eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht mehr möglich. Auch Kinder mit erheblichem Sprachförderbedarf oder mit anderen sozialen oder kognitiven Defiziten bleiben in Burglesum auf der Strecke. Es ist zu befürchten, dass Rechtsansprüchen der Eltern nicht nachgekommen werden kann und gegenüber der Stadtgemeinde Bremen geltend gemacht werden. In Zusammenarbeit mit den freien Trägern sind deshalb sofortig Maßnahmen einzuleiten, um den Platzmangel in Burglesum zu reduzieren.*

*Durch den Wechsel des Bereichs Kindertagesbetreuung vom Sozial- ins Bildungsressort ist es bei der Planung und Umsetzung neuer Platzkapazitäten im Bereich Kindertagesbetreuung zu einem mindestens einjährigen Stillstand gekommen.*

*Leidtragende dieser Entwicklung sind nun die Eltern und Kinder in Burglesum. Die aktuell steigenden Geburtenzahlen wurden bei der mittelfristigen Planung bis 2020 ebenso wenig berücksichtigt, wie die Zuzug von Flüchtlingen und ihrer Kinder. Auch im Doppelhaushalt 2016/2017 wurden mit 25,6 Mio. Euro viel zu wenig Mittel für den weiteren Ausbau bereitgestellt. Auch an dieser Stelle ist deshalb dringend und umgehend nachzubessern, damit sich die aktuelle Entwicklung nicht weiter fortsetzt.*

**Pkt. 3 TO: Schulstandortplanung 2016 bis 2025/ Bedarfsermittlung der Schulen im Stadtteil**

**Frau Hell-Nogai** begrüßt die Vertreterinnen und Vertreter im Stadtteil.

Diskussion mit Wortmeldungen von **Frau Hornhues, Herrn Berger, Frau Schnaubelt und Herrn Tegtmeier.**

**Beschluss** (einstimmig)

*Der Ausschuss verweist das Thema zur abschließenden Stellungnahme in den Beirat. Der Beirat sollte bei der Beschlussberatung die Wünsche und Bedarfe der Schulen berücksichtigen und gegenüber der Senatorin für Kinder und Bildung vertreten. Eine Aufgabe des Standortes Steinkamp der Oberschule Lesum und eine Verlagerung an das SZ an der Bördestraße kommen nicht in Betracht.*

**Pkt. 4 TO: Bericht über die Abweisung von Kindern im eigentlichen Schuleinzugsbereich am Beispiel der Grundschule St. Magnus**

**Frau Hell-Nogai** begrüßt Herrn Genthe-Welzel von der Senatorin für Kinder Bildung.

**Herr Genthe-Welzel** berichtet, dass keine Abweisungen von Schülern erfolgten, alle sind untergebracht. Es gibt 46 Plätze davon 42 aus dem Einzugsbereich. Es gab 12 Anmeldungen aus anderen Stadtteilen. Die Gespräche für das Losverfahren für vier Schüler der Vorklasse in St. Magnus laufen.

*Der Ausschuss nimmt Kenntnis.*

**Pkt. 5 TO: Mitteilungen des Ortsamtes**

Keine

**Pkt. 6 TO: Mitteilungen der Ausschusssprechers**

Keine

**Pkt. 7 TO: Wünsche und Anregungen in ausschussbezogenen Angelegenheiten  
(bitte möglichst schriftlich)**

Keine

**Die Vorsitzende** schließt die Sitzung um 20:45 Uhr.

Im Original gez.  
Sabine Hell-Nogai  
Stellvertr. Ortsamtsleiterin